

Matthias B. Krause in der Aargauer Zeitung / MLZ vom 11.12.04

Die UNO will sich den Gefahren des 21. Jahrhunderts stellen

Reform-Expertenkommission empfiehlt 100 Änderungen an UNO-Arbeitsgrundlagen. Die UNO-Reformkommission schlägt zwei Ausbaumodelle für den Sicherheitsrat vor. Und der überlastete Kofi Annan soll einen zweiten Stellvertreter erhalten.

Nachdem das Weisse Haus eine geschlagene Woche lang geschwiegen hatte, räumte der amerikanische UNO-Botschafter John C. Danforth aus, was er als «Missverständnis» bezeichnete. Der republikanische Senator Norm Coleman hatte Annans Rücktritt gefordert wegen der Unregelmässigkeiten bei der Abwicklung des Öl-für-Lebensmittel-Programms für den Irak. Im Skandal wird noch ermittelt, doch die US-Medien nutzen die Gelegenheit, um sich auf den UNO-Chef einzuschliessen. Washington habe jedoch «Vertrauen in den Generalsekretär», sagte Danforth, es gebe keine Zweifel an dessen Integrität.

Das Statement kommt gerade rechtzeitig, um sich auf die wesentlichen Aufgaben der nächsten Monate zu besinnen, auf die UNO-Reform und als zentralen Punkt darin die Umstrukturierung des Sicherheitsrates. Ebenfalls Ende dieser Woche war der deutsche Kanzler Gerhard Schröder in der Sache mit einem kecken Vorstoss aufgefallen. Wenn das Gremium von 15 auf 24 aufgestockt werde, wie es eine Expertenkommission vorgeschlagen hatte, dann müssten die neuen Mitglieder den alten gleichgestellt werden, forderte er. «Das bedeutet natürlich, dass sie wie die bisherigen fünf ständigen Vertreter ein Vetorecht haben sollten», sagte er in Tokio. Auch Japans Premier Junichiro Koizumi meinte, die Neuen sollten «gleiche Kompetenzen» haben.

Starke, erstaunlich undiplomatische Worte, die bislang niemand von den Anwärtern auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat so deutlich äusserte. Natürlich ist das Vetorecht der vier Siegerstaaten des Zweiten Weltkriegs (USA, Grossbritannien, Frankreich, Russland) sowie Chinas allen übrigen UNO-Mitgliedern längst ein Dorn im Auge. Das kommt selbst im Bericht des Experten-Panels zum Ausdruck, der seit Anfang Monat vorliegt. Die derzeitige Regelung unterminiere das Vertrauen in den Sicherheitsrat, heisst es dort. Sie habe einen anachronistischen Charakter in einer sich zunehmend demokratisierenden Welt. Die Veto-Staaten sollten sich künftig freiwillig selbst beschränken und ihr Recht nicht in Fällen von Völkermorden oder Menschenrechtsverletzungen grossen Ausmasses nutzen, schlagen die Experten vor, aber kommen zum Schluss: «Wir sehen keinen praktischen Weg, das bestehende Vetorecht zu ändern.»

Unter den Diplomaten am UNO-Hauptsitz herrscht denn auch Einigkeit, dass niemand von den bisherigen Veto-Staaten bereit wäre, sein Privileg abzugeben. Deshalb war eine Diskussion darüber auch geflissentlich ausgespart worden, um nicht die Reform als Ganzes zu gefährden.

Nach dem Expertenbericht liegen nun zwei Modelle auf dem Tisch. Das erste sieht vor, sechs neue permanente Sitze zu schaffen und drei nichtpermanente, die alle zwei Jahre neu besetzt werden. Das ist die Variante, die von Deutschland, Brasilien, Indien und Japan favorisiert wird, allesamt erste Anwärter auf eine ständige Mitgliedschaft. Dazu würden dann noch zwei Vertreter aus Afrika kommen. Unter dem Strich, so schlägt das Panel vor, sollten die Regionen Afrika, Asien und Pazifik, Europa sowie Amerika jeweils mit sechs Sitzen vertreten sein. Nach Modell B würden acht nichtständige Sitze geschaffen werden, die im 4-Jahres-Rhythmus wechseln und einer, der alle zwei Jahre neu besetzt würde.

Glimpflich gehen die Panel-Mitglieder mit Annan ins Gericht. Während sie bemängeln, dass das Generalsekretariat ineffektiv organisiert und drastisch unterbesetzt sei, anerkennen sie, dass seine Aufgaben in den vergangenen Jahren überproportional angewachsen sind. Vor allem die Friedensmissionen nehmen innerhalb der UNO einen immer breiteren Raum ein. Um Annan in diesem Bereich zu entlasten, schlagen die Experten die Berufung eines zweiten Stellvertreters vor, der eine 60-köpfige Mannschaft führen soll. Der Generalsekretär selbst versprach der Vollversammlung, seine Empfehlungen bis März vorzulegen. Es bestehe aber kein Grund, solange mit den ersten Entscheidungen zu warten, mahnte Annan und rief den Delegierten zu: «Es ist nun an Ihnen, das Jahr 2005 zum Jahr der Veränderung für die UNO zu machen.»

Nationenbildung

Sobald die Friedenstruppen aus einem Land abzögen, verschwinde es vom Radarschirm des Sicherheitsrates, bemängelt die UNO-Reformkommission. Es wäre aber wichtig, dass Gesandte die Nationenbildung begleiten. Die UNO sollte zudem die Entwaffnung der Bevölkerung finanzieren. Kurzfristige Investitionen mit relativ geringen Mitteln in die Polizei, das Rechtssystem und den öffentlichen Sektor könnten für die langfristige Friedenssicherung von grossem Nutzen sein.

Terrorismus

Der neuen Definition von Terrorismus sollten sich alle 191 UNO-Mitglieder anschliessen. Nur so könnten Anschläge einheitlich verurteilt werden. Die bisherige Definition soll erweitert werden: Terrorismus sei auch jeder Akt, der den Tod oder die ernsthafte Verletzung von Zivilisten und Nicht-Kombattanten verursachen will und dabei die Einschüchterung einer Bevölkerung zum Ziel hat oder die Handlungen einer Regierung oder einer internationalen Organisation beeinflussen soll.

Menschenrechte

Keine guten Noten erhält die Menschenrechtskommission, die sich eigentlich mit einem UNO-Kernthema befasst. Viele der in ihr vertretenen 53 Mitgliedsstaaten seien selbst in schwere Menschenrechtsverletzungen verwickelt. Deshalb soll das Gremium für alle UNO-Mitglieder geöffnet werden. Ein Weg, den Gruppen wie Human Rights Watch kritisieren: Statt alle zuzulassen, müssten vielmehr strengere Kriterien angewandt werden für die Staaten der Menschenrechtskommission.

Präventivkrieg

Die Reformkommission schliesst einen militärischen Präventivschlag zur Verhinderung grösseren Unglücks nicht grundsätzlich aus. Es müssten jedoch fünf Kriterien erfüllt sein: Zum einen sollte die Ernsthaftigkeit der Bedrohung geprüft werden. Zweitens sei das einzige legitime Motiv die ernsthafte Bedrohung. Der Präventivkrieg diene aber nur als letztes Mittel. Dabei müsse die Verhältnismässigkeit der Mittel gewahrt bleiben. Schliesslich sollte Aussicht auf Erfolg bestehen.

Völkermord

Bei der Eindämmung von Völkermord habe die UNO versagt, insbesondere in Ruanda und Bosnien. Der Sicherheitsrat dürfe nicht davor zurückschrecken, Fälle an den Internationalen Gerichtshof zu verweisen. Weil Konflikte um natürliche Ressourcen oft eine entscheidende Rolle spielten, soll die UNO künftig schwachen Staaten helfen, ihre Ressourcen besser zu verwalten. Um schneller militärisch eingreifen zu können, müssten die Mitgliedsstaaten über einsatzbereite Spezialeinheiten verfügen.

Proliferation

Die Eindämmung der Verbreitung von Atomwaffen besitze hohe Priorität für die Sicherheit der Welt. Hinzu komme die Gefahr nuklearer, chemischer und biologischer Waffen. Angebot und Nachfrage müssten deshalb besser bekämpft werden. Dazu sollten die Atomenergiebehörde IAEA und der Sicherheitsrat enger zusammenarbeiten. Zudem empfiehlt die Reformkommission die bessere Aufklärung der Bevölkerung über die Gefahr von Massenvernichtungswaffen.